



29.9.2014

MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER

Betrifft: Petition Nr. 1711/2013, eingereicht von Rolandos Ioannou, zyprischer Staatsangehörigkeit, zu Verstößen der Republik Zypern gegen den AEUV

1. Zusammenfassung der Petition

Der Petent behauptet, dass die zyprischen Behörden das Primär- und Sekundärrecht der EU nicht ordnungsgemäß umsetzten und die EU keine Maßnahmen ergreife, um dagegen vorzugehen. Als Beispiel verweist er auf die nationalen Telekommunikations- und Hafengebörden, bei denen er selbst umfassende Korruptionsfälle aufgedeckt habe. Es seien keine Maßnahmen ergriffen worden, und er sei der einzige gewesen, der unter den Folgen zu leiden hätte, da er und seine große Familie dadurch in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten geraten seien.

2. Zulässigkeit

Für zulässig erklärt am 13. Juni 2014. Die Kommission wurde um Auskünfte gebeten (Artikel 216 Absatz 6 der Geschäftsordnung).

3. Antwort der Kommission, eingegangen am 29. September 2014

Im Zusammenhang mit dieser Petition ersuchte der Petitionsausschuss die Kommission, ihn über die mit EU-Mitteln finanzierten Projekte zu informieren.

Die Kommission möchte dem Petitionsausschuss mitteilen, dass sie keinen Bezug zu Maßnahmen herstellen konnte, die aus dem EFRE bzw. dem Kohäsionsfonds kofinanziert werden. Keiner der in der Petition vorgebrachten Punkte steht mit einem Projekt im Zusammenhang, das aus dem EFRE bzw. dem Kohäsionsfonds kofinanziert wurde.